

DJV-Verbandstag 2009

Rede

**DJV-Bundesvorsitzender
Michael Konken**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der uns allen bekannte Fußballtraditionsverein Schalke 04 entließ wegen finanzieller Probleme seinen Teammanager, auch der Trainer musste im Verlauf der letzten Saison gehen, zuletzt hat es noch den Hausmeister und Mitarbeiter aus dem Schalke-Museum erwischt. Die Spieler blieben natürlich, denn nur sie garantieren weiter Qualitätsfußball, Siege und damit Einnahmen. Es sei angemerkt, dass es sich dem Vernehmen nach um einen guten Hausmeister gehandelt haben soll. Jetzt beherrscht ein Übervater als Trainer-Manager den gesamten Verein.

Nicht weit weg von der Arena auf Schalke, in Essen, sitzt ein Manager weiter in seinem gemütlichen Sessel, raucht seine dicken Zigarren und trifft weiter seine Entscheidungen – mehr als einmal Fehlentscheidungen. Seine Garanten für Qualität und Erfolge, Auflage und finanzielle Erfolge, fast 300 Kolleginnen und Kollegen, entließ er in Altersteilzeit oder unplanmäßigen vorzeitigen Ruhestand. Er darf bleiben. Schalke ist sportlich erfolgreich. Die Auflage der Zeitungen im WAZ-Konzern gehen weiter in den Keller, der kurzfristige finanzielle Erfolg seiner Entscheidungen wirkt sich mittel- und langfristig verheerend aus.

Die Medienlandschaft befindet sich in einem grundlegenden Strukturwandel, zu dem eine konjunkturelle Krise hinzugekommen ist. Das hat eine eigene Dynamik und ich will auch nicht verhehlen, dass uns alle diese Problematik in den nächsten Jahren noch mehr fordern wird. Wir wollen die Zukunft dieser Medienlandschaft mitgestalten und wissen, dass wir dabei vor allem um die Arbeitsplätze unserer Kolleginnen und Kollegen kämpfen müssen und um die Bedingungen, in den Redaktionen guten und damit erfolgreichen Journalismus praktizieren zu können. Wir dürfen das Feld nicht kampflos denen überlassen, die nur Gewinne im Kopf haben und denen es egal ist, ob sie Zeitungen oder Knöpfe produzieren.

Die augenblickliche Krise ist eine Krise, die weitestgehend von den Verlagen zu verantworten ist. Krasse Fehlentscheidungen von selbst ernannten Heiligen und Menschen, die keinerlei Verantwortungsgefühl mehr für das haben, was das Wichtigste ist: die Journalistinnen und Journalisten, die als Arbeitnehmer oder Freie mit ihrer Kreativität für das publizistische Produkt stehen.

Wenn die Medienhäuser nicht endlich umsteuern und sich auf ihre Kernkompetenz besinnen, dann wird die Krise der Unternehmen zu einer Krise des Journalismus, was zwingend zu Lasten der öffentlichen Meinungsbildung geht und der Gesellschaft nachhaltig schadet.

Nicht die Ausdünnung von Redaktionen ist die Lösung der Probleme, die Lösung liegt in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in der Neuausrichtung auf die Bedürfnisse der Rezipienten. Das aber fordert personelle Ressourcen und gut ausgebildete Journalisten. Fast alle Verlagsmanager gehen aber einen anderen Weg: sie sparen ihre Produkte zu Tode. „Für deutsche Führungskräfte ist die Zeitung das wichtigste Informationsmedium am Morgen.“ Zu diesem Ergebnis kommt eine Emnid-„Elitenbefragung unter Politikern, Journalisten, Wirtschaftsmanagern und Führungskräften aus dem Bereich Kultur in Deutschland“. Für mehr als sieben von zehn Befragten (71 Prozent) ist die lokale Tageszeitung am Frühstückstisch das Medium, mit dem sie sich morgens über das Geschehen in Deutschland und in der Welt direkt informieren, gefolgt von den überregionalen Tageszeitungen, die 54 Prozent zur Informationsgewinnung nutzen.

Diese Zielgruppe bildet natürlich nicht das Gros der deutschen Zeitungsleserinnen und -leser. Das sind die Menschen, die sich jeden Morgen darüber informieren wollen, was in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft geschieht. Die lokale Nähe ist aber überzeugend nur herzustellen, wenn es genügend Journalisten gibt, die nah dran sind am lokalen Geschehen. Gute Lokalzeitungen haben das erkannt, sind trotz Anzeigenkrise erfolgreich, schaffen es mittlerweile auch, junge Menschen wieder anzusprechen, sehen dabei auch die Bedeutung der Vermittlung von Medienkompetenz.

Im dritten Quartal des laufenden Jahres haben die deutschen Zeitungsverlage 25,1 Millionen Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen pro Erscheinungstag verkauft. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal bedeutet dies einen Rückgang um 1,74 Prozent. Im zweiten Quartal 2009 hatte der Rückgang allerdings noch 2,48 Prozent betragen. Nachdem die Werbebranche – und das stellt niemand von uns in Abrede – im Jahr 2009 durch eine schwere Krise gegangen ist, wird für das kommende Jahr bei den Werbeeinnahmen ein Umsatzwachstum von drei Prozent erwartet.

Und große Verlage wie Springer teilen stolz mit, dass sie mitten in der Wirtschaftskrise satte Gewinne machen. Um 10,5 Prozent steigerte sich Axel Springer im dritten Quartal im Verhältnis zum zweiten Quartal auf 102,4 Millionen Euro. Allerdings stelle ich zu Tränen gerührt fest, dass die ersten neun Monate 2009 mit nur 264,7 Millionen Euro Gewinn deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert mit 306,6 Millionen lagen. Bei dieser Gewinnhöhe ist es natürlich zwingend, 32 verdiente Kolleginnen und Kollegen beim Hamburger Abendblatt, einige von ihnen preisgekrönt, von heute auf morgen kalt zu stellen. „Was erlauben Döpfner Strunz?“ Unternehmenskultur muss vorgelebt werden, der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf!

Die Zukunft der Printmedien liegt in einem attraktiven Mix von Zeitung, Online, Ton und (bewegtem) Bild, all das, was das moderne Medienzeitalter möglich macht. Dieser Herausforderung müssen sich kompetente Verlagsmanager endlich stellen. Oft kommt es mir aber so vor, dass Orientierungslosigkeit dazu führt, die Medien zum Experimentierfeld zu machen, auf dem unsere Kolleginnen und Kollegen als Versuchskaninchen dienen, anstatt deren Kompetenz und Kreativität zu nutzen.

Dieser neuen Medienwelt haben wir als DJV uns frühzeitig angenommen, haben Lösungsvorschläge erarbeitet und Forderungen gestellt. Die Herausforderungen der crossmedialen Welt machen unter anderem eine neue Betrachtung der Vergütung journalistischer Leistungen im Bereich der Mehrfachverwertung notwendig. Es geht uns dabei um den Schutz unserer Autoren. Internetdienste setzen Links zu Beiträgen und komponieren eigene Nachrichteninhalte, die urheberrechtlich zuzuordnen sind. Die Verleger haben besonders durch die Hamburger Erklärung deutlich gemacht, dass sie an den Erlösen im Internet beteiligt werden wollen. Wir haben das Vorhaben, gemeinsam mit den Verlegern vorzugehen, bisher abgelehnt. Warum? Weil sie unsere Kolleginnen und Kollegen nicht so honorieren, wie wir es verlangen. Wir werden nicht akzeptieren, dass Urheberrechte per Gesetz auf die Verleger übertragen werden, so wie das die Verleger dem neuen schwarz-gelben Bündnis in Berlin in den Koalitionsvertrag geschrieben haben. Wir werden dafür kämpfen, dass Autoren und Fotografen für Mehrfachverwertungen Honorare erhalten. Sie haben die geistige Leistung vollbracht. Alles andere ist Blutsaugerei von Menschen, die sich an den Leistungen anderer bereichern wollen. Wenn ein solches Schutzrecht verwirklicht wird, dann muss eine gerechte Aufkommensverteilung zu Gunsten der Urheber in das Gesetz aufgenommen werden. Einen anderen Weg darf und wird es mit uns nicht geben.

Die Medienhäuser haben größtenteils die Entwicklungen im Internet verschlafen. Andere haben die Verlage online und im web 2.0 überholt, zukunftssträchtige Geschäftsmodelle gibt es bis heute nicht.

Und während die Manager noch auf der Überholspur für Entwicklungsstaus sorgen, wird jetzt darauf gewartet, dass Rettung über den Standstreifen von der Politik kommt. Schon 2002 wurde im Urhebervertragsrecht der gesetzliche Anspruch auf angemessene Honorare festgeschrieben. Doch was machen die Medienmogule? Sie umgehen das Urheberrecht, indem sie den freien Kolleginnen und Kollegen „Buy-out-Verträge“ vorlegen, in denen die Freien auf ihre umfassenden Rechte gegen Zahlung eines Taschengeldes verzichten sollen. Diese Verträge sind häufig rechtswidrig und mittlerweile liegen dazu mehrere Urteile vor. Doch die Versuche, das Urheberrecht immer wieder auszuhöhlen gehen weiter. Wenn es um das Leistungsschutzrecht geht, so heißt das neue Zauberwort, dann werden die Verleger mit uns nur dann ins Gespräch kommen, wenn sie unsere Bedingungen erfüllen, u.a. auf ihre Anteile aus den Einnahmen der Verwertungsgesellschaften verzichten und das originäre Autorenrecht nicht leidet.

Schwarz-gelb hat dazu im Koalitionsvertrag bereit formuliert, dass „Verlage im Online-Bereich nicht schlechter gestellt sein dürfen als andere Werkmittler. Es wird daher die Schaffung eines Leistungsschutzrechtes für Presseverlage zur Verbesserung des Schutzes von Presseerzeugnissen im Internet angestrebt.“

Und was ist mit den Autoren? Kennt die neue Regierung ihr eigenes Urhebergesetz nicht? Verlage profitieren kausal nur von Autoren. Die Autoren nicht zu erwähnen, birgt einmal mehr die Gefahr der Missachtung ihrer Arbeit. Das wird der DJV nicht zulassen!

In unserer aktuellen Freien-Umfrage stellten wir fest, dass 53,6 Prozent der freien Journalisten bereits jetzt keine Honorierung für die Mehrfachverwertung erhalten. Für den Onlinebereich liegt der Anteil noch höher.

Von einem Abschluss der Allgemeinen Vergütungsregeln im Zeitschriftenbereich sind wir noch weit entfernt. Bei den Tageszeitungen sehen wir mittlerweile Licht am Ende des Tunnels, ein tragbarer Abschluss steht bevor. Und die Honorare für Fotografen? Für Fotos wollen die Verleger lediglich 35 bis ca. 57 Prozent des 12a-Tarifvertrags zahlen. Das wären Honorare, die in einigen Regionen zu einer deutlichen Verbesserung führen, in anderen eine Beleidigung für die dortigen Fotografen wären. Da sich die Verleger bei den Bildhonoraren nicht weiter bewegen, müssen wir in die Schlichtung gehen. Ich fordere die Verleger auf, heute nochmals: Zahlen Sie angemessene Honorare, verhindern Sie, dass Journalismus zum Billigprodukt wird, tragen Sie dazu bei, dass Qualität in der Zeitung kein Fremdwort wird!

Das Urheberrecht sichert seit 2002 den Autoren einen Anspruch auf eine angemessene Vergütung. In diesem Kontext ist die soziale Absicherung über das Honorar hinaus ein weiterer Eckpfeiler. Die Künstlersozialkasse ist eine Errungenschaft, die nicht mehr wegzudenken ist. Schon heute rufe ich der Regierung zu: Hände weg von der Künstlersozialkasse!

Nie waren freie Journalistinnen und Journalisten so hoch qualifiziert wie heute, nie wurden sie so schlecht entlohnt. Mehr als ein Viertel verdient unter Hartz IV-Niveau, 38 Prozent bleiben noch unter 1.000 Euro. Seit 1998 ist das Einkommen nominell um 10 Prozent gestiegen, unter Berücksichtigung der Inflationsrate aber um vier Prozent gesunken.

Die angemessene Bezahlung journalistischer Arbeit – fest oder frei erbracht – muss in den nächsten Jahren zu einem Schwerpunktthema für den DJV werden.

Die Forderungen der Zeitschriftenverleger nach umfangreichen Absenkungen des Manteltarifvertrags sind ein Frontalangriff auf das Tarifgefüge, auf den Flächentarifvertrag. Weihnachts- und Urlaubsgeld zu einem Gehalt zusammenschmelzen, die Wochenarbeitszeit steigern, die Kündigungsfristen auf das gesetzliche Mindestmaß zurückschrauben, den Zuschuss zum Krankengeld abschaffen und die Zuschüsse für die Presseversorgung reduzieren – das haben die Zeitschriftenverleger für ihre Redakteurinnen und Redakteure übrig. Wenn wir jetzt nachgiebig sind, denn werden Andere diesem Beispiel folgen. Mehr Arbeit für weniger Geld und abgesenkte Altersversorgung. Ein übles „Angebot“.

Wut steigt in mir hoch, wenn ich höre, dass der neue Branchen-Guru jüngst einem großen Verlag in einem Gutachten Rationalisierungen im Umfang von 40% vorschlägt und behauptet, Journalisten würden immer noch nicht marktgerecht bezahlt, sie seien viel zu hoch vergütet.

Zu viel für Qualitätsarbeit, für eine Verantwortung, die wir täglich für die öffentliche Meinungsbildung tragen, zu viel für dauernde Überstunden, zu viel für eine Arbeitsbelastung, die ihresgleichen sucht? Ich könnte diese Aufzählung noch beliebig fortführen. Solche Beispiele zeigen, dass die von unseren orientierungslosen Verlagsmanagern angeheuerten Berater nichts, aber auch gar nichts von dem verstehen, was sie untersuchen und bewerten sollen. So etwas schickt sich nicht, oder besser schicklert sich nicht.

Wann merken die Verantwortlichen endlich, dass sie es sind, die die Krise zu verantworten haben? Und was soll noch passieren, um nicht alle zum Aufstehen gegen die Bedingungen zu bewegen – gemeinsam, bundesweit, in allen Bereichen? Jetzt müssen wir aufstehen, bevor es keiner mehr kann, weil es niemanden mehr gibt.

Um es deutlich zu sagen: Ich rufe nicht nach der Politik. Unsere Unabhängigkeit ist unverzichtbar. Die Politik muss aber Entscheidungen treffen, die diese Zustände nicht noch verschlechtern. Es ist Aufgabe der Politik, den Medien Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihre Unabhängigkeit sichern.

In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder Einschränkungen der Pressefreiheit beklagt. Einschränkungen, die wir in unserer Demokratie, unserer historischen Verpflichtung nicht hinnehmen dürfen. So sind die Aushöhlung des Informantenschutzes oder die Speicherung von Onlinedaten aus unserer Sicht verfassungswidrig. Wir haben uns derartige Einschnitte nicht gefallen lassen, haben zusammen mit Anderen den Weg zum Bundesverfassungsgericht beschritten und sehen den Entscheidungen zuversichtlich entgegen. Auch die Verfassungsbeschwerde gegen das BKA-Gesetz haben wir unterstützt. Nun endlich ist es an der Zeit, dass die politischen Kräfte handeln können, die mit uns kämpften. Noch während des FDP-Parteitags 2006 hieß es: „Wer unrechtmäßig Journalisten bespitzelt, legt die Axt an die Wurzeln der Pressefreiheit.“ Nach übereinstimmenden Meldungen der Medien soll das uneingeschränkte Zeugnisverweigerungsrecht wieder für alle Anwälte gelten, nicht nur für Strafverteidiger. Aber nicht für Journalisten! Die Pressefreiheit für Journalisten wird zum „Prüfauftrag“ der neuen Regierung, wurde in den Koalitionsverhandlungen zur Verhandlungsmasse degradiert. Zum Spielball, um, ich zitiere: „in einem sensiblen Bereich die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit herzustellen“. Der Informantenschutz gehört nicht auf den verfassungsunwürdigen „Prüfstand“. Allein dieser Begriff verrät ein falsches Verständnis der Pressefreiheit.

Ich will aber auch nicht verschweigen, dass einige Festlegungen der neuen schwarz-gelben Regierungskoalition zu den Freiheitsrechten der Journalistinnen und Journalisten ein richtiger Schritt in die von uns schon immer vorgegebene Richtung sind. Positiv ist, dass die Koalition den unterschiedlichen Status der Berufsgeheimnisträger im Strafgesetzbuch offenbar nicht weiter beibehalten will, und daher erwarten wir, dass für Journalisten der gleiche Schutz vor Strafverfolgung gilt wie für Anwälte und Ärzte. Eine Beihilfe von Journalisten zum Geheimnisverrat soll es dann nicht mehr geben. Die neue Koalition muss gesetzlich verankern, dass Journalisten wegen investigativer Recherchen nicht weiter ins Visier der Strafermittler geraten. Es wäre ein Sieg der Pressefreiheit, wenn die Durchsuchungen von Redaktionen und Journalistenbüros endlich beendet würden. Jetzt kann die FDP das korrigieren, was sie in den zurückliegenden Jahren zusammen mit uns laufend kritisiert hat.

Kritisch sehe ich allerdings die Festlegungen zur Pressefusionskontrolle und zu befristeten Arbeitsverhältnissen. Unsere Kritik haben wir schon öffentlich gemacht. Die Pressefusionskontrolle hat sich bewährt. Eine Reform kann nur zu Lasten der Meinungsvielfalt in Deutschland und damit des Qualitätsjournalismus gehen.

Sorge macht mir auch und besonders der wachsende Einfluss der Politik auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Ein exemplarisches Beispiel erleben wir gerade beim ZDF. Intendant Markus Schächter hat die Vertragsverlängerung von Nikolaus Brender dem ZDF-Verwaltungsrat vorgeschlagen. Brender ist ein Chefredakteur, der über allen Anfeindungen politischer Parteinahme steht, der für seine objektive, unabhängige Berichterstattung ausgezeichnet wurde. So fordern wir es, so postulieren wir Journalismus. Doch gerade dies scheint der Politik ein Dorn im Auge zu sein. In diesem Fall sind es führende Unions-Politiker, die den Begriff der Staatsferne in ihrem Sinn definieren. Andere Parteien, da bin ich mir sicher, würden in vergleichbaren Fällen wohl ähnlich handeln. Und gerade aus diesem Grund ist die Staatsferne verfassungsrechtlich unabdingbar für einen unabhängigen Journalismus. Eine wesentliche Rolle in der Bildung der öffentlichen Meinung hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Daher muss er, will er diese Aufgabe im Sinne der Verfassung erfüllen, staatsfern sein.

Schaut man sich die Zusammensetzung der Rundfunkräte und des Fernsehrates an, dann wird diese verfassungsrechtliche Grundvoraussetzung zur Lachnummer.

Der Art.5 Abs. 1 S.2 GG hat aber auch eine wesentliche Bedeutung für die Staatsferne, da nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts die Rundfunkfreiheit eine dienende Freiheit ist. Der Rundfunk hat also die Pflicht, zur freien Meinungs- und Willensbildung beizutragen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, enthält der Art.5 ein Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe.

Es ist zu befürchten, dass der ZDF-Verwaltungsrat – der Fernsehrat hat übrigens Brender den Rücken gestärkt, da seine Arbeit nie in die Kritik geraten war – die Staatsferne zur leeren Hülle werden lässt, einen nicht wieder zu reparierenden Schaden anrichtet. Die Folgen für das ZDF wären katastrophal, auch die Folgen für unsere Kolleginnen und Kollegen im Sender. Der Sender hätte künftig eine eindeutige politische Färbung, jede Nachfolgerin, jeder Nachfolger wäre verdächtig, auf Parteiticket zu laufen. Glaubwürdigkeit, politische Unabhängigkeit, das Postulat der Neutralität wären nicht mehr vorhanden.

Die eindringliche Forderung kann von hier aus nur lauten: Hände weg von Brender!
Geschieht dies doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist die Unabhängigkeit des Journalismus bundesweit geschädigt – und daher geht es alle Journalisten an.

Die wichtigen Funktionen des Journalismus liegen in der Vermittlung von Informationen, der Strukturierung der Informationen, in der Kritik- und auch der Kontrollfunktion. Eine große Themenvielfalt ist wichtig und unabdingbar, um eine öffentliche Meinungsbildung zu gewährleisten. Der Journalismus muss in erster Linie Öffentlichkeit herstellen, indem er die Gesellschaft beobachtet, in der Funktion eines Gatekeepers Informationen, Beobachtungen und Beurteilungen der Öffentlichkeit übermittelt, damit sie sich in einer immer größeren, ja unüberschaubaren Informationsvielfalt zurechtfindet. Der Journalist als Gatekeeper, das ist unsere Vorstellung davon, wie Journalisten aufbereiten und selektieren. Volker Lilienthal formulierte die Aufgabe des Journalismus jüngst angesichts der uns erdrückenden Informationsflut als Funktion eines Pfadfinders, der den Weg durch den Dschungel der Informationen zeigen muss, zeigen, wo sich in diesem Dschungel Qualitätsangebote befinden. Bisher ordneten, erzwungen durch die unzulängliche Technologie, Institutionen wie Medienhäuser, Forschungsstellen oder öffentliche Einrichtungen die Informationen der Welt. Nun richtet sich jeder Bürger seine individuellen Nachrichtenfilter ein, während Suchmaschinen Informationsmengen in nie gekanntem Umfang erschließen. Der einzelne Mensch kann sich so gut informieren wie nie zuvor. Der Onlinebereich entlarvt gleichförmige Massenware. Ein Publikum gewinnt auf Dauer aber nur, wer herausragend, glaubwürdig und anders ist. Die Ansprüche der Nutzer sind gestiegen. Der Journalismus kann sie erfüllen und trotzdem seinen oft formulierten Grundsätzen treu bleiben.

Der Informationsdschungel umfasst alle Medienbereiche, denn überall gibt es mittlerweile Angebote, die nicht mehr unseren Ansprüchen genügen. Die Schweizer Tageszeitung Le Temps fragte aktuell, was Journalisten von dem Mikroblog Twitter halten. Wörtlich: „Ist es ein Streben nach Qualität durch die Pflicht, prägnant sein zu müssen oder ein Symbol der geistigen Verarmung der SMS-Generation?“ Le Temps weiter: „Glücklicherweise hat die Medienwelt diese Auseinandersetzung beendet. Weil sie wissen, dass sich ihre Zukunft im Internet abspielen wird, haben die Journalisten das Abenteuer gewagt. Heute gibt es kaum noch Zeitungen, Radio- oder Fernsehsender, die es nicht versuchen. Zahlreiche Tageszeitungen in der französischsprachigen Schweiz gehen sogar noch einen Schritt weiter, sprechen die Themen an, an denen sie arbeiten, und unterhalten sich sogar mit ihren Lesern.“ In Frankreich hat die Gratiszeitung „20 Minutes“ es gar gewagt, aus dem Gerichtssaal zu twittern. Dies verblüffte Richter und Anwälte, die nicht wussten, ob sie es erlauben sollten oder nicht. In der Zwischenzeit konnten Journalisten zahlreiche bluttriefende Zitate schicken. „Bei Twitter, genau wie bei Facebook & Co., liegt die schwierigste Aufgabe vielleicht darin, die Angst vor der Leere zu überwinden“, schreibt Le Temps.

Egal wie groß die Leere ist. Sie muss mit der Wahrhaftigkeit von Nachrichten gefüllt sein. Sie dürfen Leserinnen und Leser nicht in Zweifel und Verwirrung führen. Im Videotext schwadronierten Ende Oktober alle Fernsehsender über einen Wechsel von Lothar Matthäus als Trainer zu Racing Avellaneda in Argentinien. Am Vormittag noch behauptete Matthäus, dass er nichts von einem Angebot wisse und auch gar keine Absicht habe, nach Argentinien zu gehen, während der Verein bereits eine Einigung verkündete. Zwischendurch gab es verschiedene Varianten, aber am Nachmittag verkündete Matthäus dann, dass er seit zehn Tagen mit dem Verein in Kontakt stehe und noch in dieser Woche nach Argentinien fliegen werde, um den Vertrag zu unterschreiben. Vor wenigen Tagen die Info, dass er kein Interesse habe. Innerhalb von zehn Stunden unterschiedliche, sich widersprechende Meldungen. Es stellt sich dabei wirklich die Frage, ob mit diesem Matthäus-Hickhack die Leere gefüllt

werden musste, angesichts der Tatsache, dass er in der Vergangenheit als Trainer eher eine Nullnummer war. So gewöhnen wir die Öffentlichkeit daran, dass Relevanz mittlerweile andere Kriterien hat. Wenn über den umgestürzten Sack Reis in China getwittert wird und über den Sturz vielleicht sogar ein Handyvideo gedreht wurde, kann der Sack Reis heute zur Topmeldung für zwei Stunden werden. Wir verschieben die Kriterien der Relevanz, schaffen eine neue „Qualität“, die mit unseren Maßstäben nichts mehr zu tun hat, die aber die Rezipienten als sich langsam verändernden Maßstab akzeptieren.

Die Richtigkeit der präsentierten Informationen muss für die Leser offensichtlich oder überprüfbar sein, die Quellen oder Verweise glaubwürdig. Missachten wir diesen Grundsatz, setzen wir unseren journalistischen Ruf aufs Spiel, müssen uns nicht wundern, wenn die Glaubwürdigkeit der Informationen und in letzter Konsequenz der Medien zu wünschen übrig lässt. Unser Pfund ist die Glaubwürdigkeit, das Postulat der Wahrhaftigkeit und die Gewichtung von Informationen. Die Aktualität ist zwar wichtig, darf aber nicht zum verantwortungslosen Schnellschuss werden. Sind erst einmal mehrere Schüsse neben das Tor gegangen, werden die Rezipienten sich anderen Stürmern widmen, denen, die vielleicht seltener, dafür aber zielsicher das Tor treffen. Oder, um das Beispiel noch einmal aufzugreifen: Es ist an uns, ob der Sack Reis zur Topmeldung wird.

Die Medienzukunft hat schon längst begonnen. Eine Zukunft, in die wir in den nächsten Jahren häufiger als bisher eingreifen müssen, die in den nächsten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit und einen starken Einsatz verlangt. Der DJV-Bundesvorstand hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit der Gestaltung unserer Möglichkeiten auseinandergesetzt und das Zukunftspapier DJV 2015 erarbeitet, das kurz vor dem Abschluss steht. Danach werden wir es dem Gesamtvorstand vorlegen und zum inhaltlichen Teil des nächsten Verbandstages machen. Ein Papier, das sich visionär die Frage stellt, welche Journalistinnen und Journalisten der DJV künftig organisiert, wie Hauptberuflichkeit aussehen wird und wie die Rolle als Gewerkschaft und Verband zu definieren ist.

In diesem Zusammenhang haben wir bereits im Bundesvorstand beschlossen, ab 2010 jährlich 50.000 Euro in eine Rücklage einzustellen, um in voraussichtlich frühestens fünf und spätestens zehn Jahren die Bundesgeschäftsstelle insgesamt in Berlin zusammenzuführen.

Der DJV wurde 1949 in Berlin gegründet, er wird, das ist jetzt zeitlich absehbar, mit allen Mitarbeitern nach Berlin zurückkehren. Umgesetzt haben wir bereits im August die Aus- und Weiterbildung, die künftig von Frau Werner wahrgenommen wird und im Sinne der Beschlüsse nach der Auflösung des Bildungswerks die Arbeit auf Bundesebene neu strukturieren wird.

Glaubwürdigkeit, das Postulat der Wahrhaftigkeit und die Gewichtung von Informationen. Die Aktualität ist zwar wichtig, darf aber nicht zum verantwortungslosen Schnellschuss werden. Sind erst einmal mehrere Schüsse neben das Tor gegangen, werden die Rezipienten sich anderen Stürmern widmen, denen, die vielleicht seltener, dafür aber zielsicher das Tor treffen. Oder, um das Beispiel noch einmal aufzugreifen: Es ist an uns, ob der umgefallene Sack Reis zur Topmeldung wird.

Dies bedeutet auch eine besondere Verantwortung für die Vermittlung von Medienkompetenz, um die unterschiedlichen Aspekte der Berichterstattung und des Ineinanderfließens von professionellen und nicht professionellen Angeboten zu unterscheiden. Medienkompetenz stellt einen besonderen Anspruch an unsere Gesellschaft dar, ein Anspruch, der bisher nur unzureichend vermittelt wird. Nur so kann es gelingen, Rundfunk,

Print und die neuen Spielarten im Online-Bereich qualitativ einzuordnen und so der Verantwortung eines funktionierenden Journalismus gerecht zu werden. Passiert dies nicht, wird die Angst vor der Leere von Nachrichten zur Leere und Angst vor der Wahrheit werden. Ein Zustand, dessen Auswirkungen mir Angst macht und gegen die wir noch kein Mittel gefunden haben. Darum ist Qualität so wichtig. Und aus diesem Grund reicht es nicht, wenn wir immer wieder darüber reden, referieren und diskutieren. Wir müssen Qualität leben. Die Voraussetzung dafür liegt vor allem auf der Arbeitgeberseite. Die Arbeitgeber sind es, die diesen Anspruch in Qualitätskongressen preisen wie die zehn Gebote. Aber nur sie, die Arbeitgeber, sind wirklich in der Lage, die Gebote auch zur Realität werden zu lassen. Wir tun alles, um von unserer Seite die Rahmenbedingungen für Qualität sicherzustellen. Noch nie gab es so gut ausgebildete Journalistinnen und Journalisten, eine der Voraussetzungen, um Qualität umzusetzen. Wenn sich jetzt noch die Rahmenbedingungen verbessern, dann ist das ein existenzsichernder Schritt in eine sichere Medienzukunft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

wir stellen uns den Aufgaben dieser Medienlandschaft. Wir werden weiter für die Absicherung des Streikrechts kämpfen, für die Stärkung der Betriebsräte, kämpfen für den Erhalt der Flächentarifverträge. Wir sind eine Gewerkschaft, die ihre Stimme erhebt, auch laut wird, wenn es um die Rechte unserer Mitglieder geht. Wer das nicht will, der soll sich doch nur einmal vorstellen, wie so etwas ohne uns aussähe. Die Medienlandschaft wäre der Willkür von Gewinnmaximierern ausgeliefert. Journalismus, so wie wir ihn wollen, würde es nicht mehr geben.

Auch wenn die Probleme immer umfangreicher und komplizierter werden, wir werden als DJV wahrgenommen, können uns maßgeblich in die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen einbringen, werden von der Legislative und Exekutive gehört, können uns über Gerichte wehren, wenn Mitgliedern Unrecht widerfährt. Wir, der DJV, sind die anerkannte Journalistenorganisation als Gewerkschaft und Berufsverband, anerkannt im Medienrecht, Tarifrecht, kompetenter Ansprechpartner in allen Medienfragen.

Für die Zukunft bedeutet das noch mehr personellen Einsatz, teilweise Neu-Organisation der Abläufe und eine noch engere Zusammenarbeit. Wir werden die Herausforderungen der Zukunft angehen und bewältigen, wir können das, weil wir gut aufgestellt sind und die Abläufe stetig verbessert werden. Wir kämpfen weiter in der Tarif- und Medienpolitik, kämpfen für die Pressefreiheit, die Verhinderung von Meinungs- und Pressekonzentration, gegen eine Lockerung der Pressefusionsregeln, den gesetzlichen Schutz von Informanten ohne Einschränkung, den gesetzlichen Schutz des Redaktionsgeheimnisses, die klare Trennung von Redaktion und Werbung.

Kämpfen weiter gegen die Vorratsdatenspeicherung, für den Schutz des geistigen Eigentums, die Wahrung der Urheberrechte, auch und besonders auf europäischer Ebene. In der Aus- und Weiterbildung werden wir die vorhandenen journalistischen Bildungsangebote im DJV koordinieren, neue Angebote aufzeigen.

Der mit der Expertentagung im September 2008 eingeschlagene Weg der Kooperation mit der Wissenschaft wird weiter verfolgt und ausgebaut, um regelmäßig aktuelle Themen mit Kommunikationswissenschaftlern zu diskutieren und Lösungswege zu erarbeiten. So festigt der DJV seinen Ruf als kompetenter Ansprechpartner in Medienfragen. Für freie Journalistinnen und Journalisten müssen bereits bestehende Angebote deutlicher werden,

Vernetzungen gefördert und ständige Gespräche mit den unterschiedlichen Gruppen der Freien stattfinden, um sofort auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren.

In der internationalen Arbeit muss der Schwerpunkt auf der europäischen Ebene liegen. Bereits für April haben wir eine größere Veranstaltung in Brüssel geplant, um mit den neuen Abgeordneten des Europäischen Parlaments ins Gespräch zu kommen. Unser Ziel ist es, ein Konzept für die Lobbyarbeit in Brüssel/Straßburg zu entwickeln, die Kontakte zu den Nachbarstaaten zu verstärken, dabei bestehende Kontakte der Landesverbände zu nutzen und medienpolitische Themen auf internationaler Ebene vorzugeben.

Diese Ausrichtung ist auch eine leichte Kritik an der bisherigen Arbeit der EJV, mit der wir im Gespräch sind, um auch von dieser Seite eine Belebung herbeizuführen. Wenn ich an eine internationale Ausrichtung unserer Arbeit denke, dann liegt mir Brüssel eben näher als Japan. Näher, weil von dort aus die politischen Veränderungen kommen, die sich auf unser Land und auf die Journalistinnen und Journalisten auswirken.

Für all diese Ziele brauchen wir einen schlagkräftigen DJV. Insofern freut es mich besonders, dass der Verein Berliner Journalisten und der Brandenburger Journalisten-Verband nunmehr fusioniert sind. Herzlichen Glückwunsch. Jetzt muss der nächste Schritt kommen. Der JVBB und der DJV Berlin sind bereits seit Monaten in intensiven Gesprächen. Lieber Peter Pistorius, lieber Gerd Kothy: Der Bundesverband, und da spreche ich auch für die Landesverbände, wird diese Fusion flankieren, die gemeinsamen Überlegungen zu den Finanzfragen liegen vor, scheinen mir zustimmungsfähig. Mit über 4.000 Mitgliedern hätten wir in Berlin/Brandenburg einen starken DJV-Regionalverband. Und was den DJV Brandenburg betrifft: Wir haben in mehreren Gesprächsrunden Eckpunkte diskutiert, waren schon auf der Zielgeraden, bevor unannehmbare finanzielle Forderungen die Gespräche stoppten. Der Gesamtvorstand hat dem Abbruch der Gespräche unter diesen Bedingungen zugestimmt, die Gerichte wenig später unsere Linie bestätigt. Herr Conen: Wir sind auch weiter gesprächsbereit, wenn es um realistische Verhandlungspunkte geht. Wir warten auf Ihr Zeichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der DJV hat eine stabile Mitgliederzahl und ist finanziell gesund. Gute Voraussetzungen, um die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen.

Mit Fachtagungen wie „Öffentlichkeit machen“ im September in Köln und 130 Teilnehmern und „24 Stunden Zukunft“ für DJV-Mitglieder bis 35 Jahre sind wir mit unserem Angebot spezieller und zukunftsnaher als andere. Die Kontakte zur Jugendpresse Deutschland wurden weiter vertieft, eine stärkere Zusammenarbeit vereinbart, um gerade Jugendliche frühzeitig mit dem DJV bekannt zu machen. Mit Tarifabschlüssen für Agenturen, die eine Verhinderung betriebsbedingter Kündigungen bis Ende Mai 2011 sowie den Verzicht auf weitere Ausgliederungen bis Anfang 2014 beinhalten, konnten wir in schwierigen Zeiten für etwas Sicherheit sorgen. Kontinuierliche Anfragen für Beratungen von Konzern- und Gesamtbetriebsräten zeigen uns, dass der DJV mit seiner Kompetenz gefragt ist, eine Kompetenz, die wir auch bei den im März 2010 bevorstehenden Betriebsratswahlen in die Waagschale werfen müssen.

Der DJV hat es geschafft, die Wiedereinführung von gesetzlichem Krankengeld ab der 7. Woche für die Freien zu erreichen, die nicht in der KSK sind, nach unserer Umfrage immer

noch rund ein Drittel aller Freien. Das bedeutet eine halbwegs ordentliche Geldleistung durch die Krankenkasse, bedeutet eine beitragsfreie Versicherung für die Betroffenen und ihre Familien. Das Krankengeld bleibt das Objekt der Begierde der Sparpolitiker, die die gesetzliche Krankenversicherung entkernen wollen. Wir haben es im Jahr 2009 mit aller Kraft verteidigt und für einen Teil der Mitgliedschaft wieder gewonnen. Künftig wird es darum gehen, das Krankengeld für alle zu verteidigen. Der Politik muss klar sein: Das Krankengeld, das seit 1884 eine Regelleistung der Krankenversicherung ist, kann nicht einfach abgeschafft werden! Freie sollten bei Krankheit genauso geschützt sein wie Arbeitnehmer, auch und gerade in den ersten sechs Wochen!

Bei Springer, Bauer, Nordkurier und anderen haben wir erreicht, dass Gerichte Knebelbedingungen einen Riegel vorgeschoben haben, auch wenn diese Urteile noch nicht rechtskräftig sind.

60 Jahre Presseversorgung in diesem Jahr machen uns stolz und sind zugleich eine Verpflichtung, diese Erfolgsgeschichte weiter zu schreiben, und ich appelliere an die Verlegerseite, diesen Weg ohne Einschränkungen mitzugehen.

Mein Dank geht an dieser Stelle an die Landesverbände und Geschäftsstellen, Dank den Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand, die sich im vergangenen Jahr zeitlich noch mehr einbringen mussten als bisher. Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Bundesgeschäftsstelle mit unserem neuen Hauptgeschäftsführer Kajo Döhring, der sich schnell eingearbeitet hat und nahtlos die Arbeit von Hubert Engeroff übernahm. Ich verspreche Euch, dass ich, dass der Bundesvorstand alles tun wird, um weiter engagiert für die Rechte der Kolleginnen und Kollegen zu kämpfen, wie bisher an die Grenzen zu gehen, auch rechtliche Maßnahmen nicht zu scheuen, um Rechte einzuklagen, die Arbeitgeberseite in ihre Schranken zu verweisen. Diese Zeit fordert dauernden Widerstand, einen Widerstand, der verhindern muss, dass die arbeitnehmerfeindliche Einstellung weiter zunimmt. Nur wenn wir auch künftig geschlossen auftreten, sind wir erfolgreich. Offene Flanken können wir uns im Interesse unserer Mitglieder, unserer Kolleginnen und Kollegen nicht leisten!

Wir müssen unsere Stimme erheben, um die Arbeits- und Rahmenbedingungen in dieser Medienlandschaft so annehmbar wie möglich zu gestalten. Journalistische Arbeit ist die Umsetzung eines Verfassungsauftrags, ein Auftrag, der Kompetenz, Qualität und sichere Arbeitsplätze und natürlich eine leistungsgerechte Bezahlung erfordert, für Feste und Freie.

Der Zug DJV ist auf der Schiene, seit 60 Jahren, schnell, pünktlich und erfolgreich. Er ist gewappnet für die Weichenstellungen der Zukunft. Dafür lasst uns weiter kämpfen, aber noch intensiver und hingebungsvoller. Wenn es uns nicht mehr gibt, wenn unsere Kräfte erlahmen, dann hat der Journalismus in Deutschland verloren, weil niemand anders diese Lücke füllen wird. Lasst mich mit Hans-Dietrich Genscher schließen, der feststellte: „Die Presse ist die Artillerie der Freiheit.“ Richtig. Aber ohne uns funktioniert die Artillerie nicht.